

Die Kosovo-Krise – ein Problem mit doppeltem oder sogar dreifachem Boden

Zum Jahreswechsel ist das Kosovo, ein rebellischer Teil Serbiens mit überwiegend albanischer Bevölkerung, erneut in die Liste der aktiven Krisenherde aufgenommen worden. Die Debatte über die Rolle Russlands in diesem Gebiet hat sich erneut verschärft. Nach einer Reihe schwerer Provokationen haben die Behörden des Kosovo einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft angekündigt. Natürlich ist es unrealistisch, einen solchen Antrag zu genehmigen, da fünf EU-Länder die Unabhängigkeit des Landes nicht anerkannt haben. Das Problem ist jedoch, dass eine neue Runde des Konflikts zu einer Verstärkung der KFOR- und EULEX-Truppen führen kann, die im Interesse der kosovarischen Behörden handeln werden, jedoch nicht um der EU-Mitgliedschaft willen, sondern um Belgrad gefügig zu machen.

Die Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrats (vom 10. Juni 1999), in der das Kosovo als Teil der Bundesrepublik Jugoslawien definiert wurde, ist heute die Rechtsgrundlage für die Beziehungen zwischen Belgrad und Pristina. Zu dieser Zeit war Jugoslawien selbst eine Föderation aus Serbien und Montenegro. Die Bundesrepublik Jugoslawien, die nach dem Zusammenbruch des „Großjugoslawiens“ (SFRJ) gegründet wurde, war einerseits Vertragspartei des Abkommens von Dayton, andererseits wurde die Autorität der Bundesrepublik Jugoslawien von der UNO nie einstimmig anerkannt.



Betrachtet man den Zeitraum des Zerfalls der SFRJ als Ganzes, so stellt man fest, dass er unter einer halblegalen Vertretung Jugoslawiens in internationalen Institutionen stattfand. Serbien als faktische Basis Jugoslawiens wurde nach und nach mit einer Fülle von Vereinbarungen, Resolutionen und Verträgen überzogen, ohne dass es die Möglichkeit gehabt hätte, sich voll und ganz durchzusetzen. Unter diesen Umständen wartete die Kosovo-Frage nur darauf, an die Reihe zu kommen.

Aber wenn der Kosovo-Konflikt an sich schon vorherbestimmt war, gab es dann nach der NATO-Operation von 1999 überhaupt noch Möglichkeiten, ihn zu Gunsten Serbiens zu lösen? Seltsamerweise war die Antwort auf diese Frage eher positiv, allerdings unter bestimmten Bedingungen. Neben der Unterstützung aus Moskau war der volle internationale Status eines einheitlichen Staates erneut von großer Bedeutung.

Doch auch hier erwies sich ein anderes Bindeglied als schwach: Montenegro, das formell mit Belgrad verbündet ist. Ohne aus der Bundesrepublik Jugoslawien auszutreten und dann die Form einer Konföderation anzubieten, um sich in der UNO zu legitimieren, baute sein Führer, M. Djukanovic,

allmählich ein von Belgrad getrenntes Wirtschaftssystem auf, was durch mehrere Faktoren erleichtert wurde, zu denen auch der Militär- und Handelshafen von Bar gehörte.

Und der Zigarettenschmuggel, ein wichtiger Teil des Schattengeschäfts in der EU, ist nur eines von vielen Themen. Es gab auch eine enge Zusammenarbeit mit albanischen und kosovarischen Strukturen. Nach der NATO-Operation wurde im Kosovo der zweitgrößte Militärstützpunkt der Welt, Bondsteel, der Dreh- und Angelpunkt in der Logistik des US-Militäreinsatzes in Afghanistan eingerichtet, in den nicht nur müde amerikanische Soldaten verlegt wurden. Auch der herrschende Clan von Djukanovic in Montenegro war daran beteiligt und unterhielt Kontakte zu NATO- und US-Generälen, Außenministerin M. Albright und dem kosovo-albanischen Führer H. Taci.



Im Jahr 2003 wurden Serbien und Montenegro vereinigt und als internationale Einheit anerkannt, allerdings nur formell. Schon damals erhielt Montenegro separate Einladungen zum Beitritt in die EU. Im Jahr 2006 führte Montenegro ein Referendum über den Austritt aus der Union mit Serbien durch, und Belgrad wurde mit der Kosovo-Frage allein gelassen. Und 2008 erklärte der Kosovo einseitig seine Unabhängigkeit von Serbien.

Natürlich kann man argumentieren, dass Moskau unter diesen Bedingungen nichts unternommen hat, aber in dieser Zeit wurden russische Investitionen aktiv nach Montenegro gelenkt, die Liste der Wirtschaftspräferenzen und die Palette der Waren für den zollfreien Handel wurden erstellt und erweitert, und natürlich entwickelte sich die Zusammenarbeit im Energiesektor. Was Russland wirklich nicht getan hat, war, dass es nicht versucht hat, die Eliten in der Region zu bestechen oder unter Druck zu setzen, die sich traditionell als pro-russisch positioniert hatten.

Die Machtübernahme durch das Multi-Vektor-Team von Vucic war jedoch weitgehend dem Wunsch der Serben zu verdanken, sich an eine Situation anzupassen, in der es keine Alternative zur Fortsetzung des Dialogs mit Pristina im Austausch gegen die illusorische Aussicht auf eine EU-Mitgliedschaft gab.

Nach den Ereignissen in der Ukraine haben die Behörden des Kosovo nicht gezögert, immer wieder zu eskalieren. Nur die Hälfte der UN-Mitgliedstaaten hat den Kosovo anerkannt. Und die EU hat die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo durch Belgrad fest an die EU-Mitgliedschaft geknüpft. Doch selbst das rapide schwindende Augenmaß im US-Establishment verstand, dass die „Abtrennung“ des Kosovo ein Massaker in der Mitte Europas bedeutete.

Im Jahr 2013 machte die EU Zugeständnisse an Belgrad und überzeugte Pristina, die Brüsseler Vereinbarungen zur Normalisierung zu unterzeichnen, nach denen die Behörden des Kosovo nicht daran gehindert wurden, lokale serbische Selbstverwaltungen zu bilden. Das Abkommen wurde nicht umgesetzt, aber es ermöglichte Brüssel, offiziell mit der Unterzeichnung des Unterstützungs- und Assoziierungsabkommens (SAA) zwischen der EU und Pristina zu beginnen. Schon zuvor war der Kosovo de facto der Eurozone beigetreten.

Im Jahr 2015 wurde das SAA formalisiert, und seither hat niemand den europäischen Integrationsprozess des Kosovo abgebrochen und wird dies auch nicht tun.

Im Jahr 2017 öffnete der Kosovo seine Grenze zu Albanien, was die Unabhängigkeit der Provinz anerkannte. Die Öffnung der Grenze bedeutete, dass die Grenze zwischen Serbien und dem Kosovo, die formal ein Staat waren, faktisch blockiert wurde. All dies führte nicht nur zu zahlreichen Zusammenstößen und Zwischenfällen, sondern auch zur sogenannten „Vucic-Formel“, der zufolge der Kosovo in einen serbischen und einen albanischen Teil geteilt werden sollte, um dann Verhandlungen über die Anerkennung oder Nichtanerkennung aufzunehmen. Diese Formel hätte in Serbien beinahe eine Regierungskrise ausgelöst, da sie nicht nur de facto, sondern auch de jure die Grenzen der Kontrolle Belgrads in der Provinz bedeutet.

Aber die kosovarischen Behörden sind nicht bereit, zu verhandeln. Sie verhalten sich weiterhin provokativ. Auf serbischer Seite gibt es Dämme und Kraftwerke, und abgesehen von gelegentlichen Rufen aus Brüssel und Washington, auf die sie schwach reagieren, gibt es nichts, was sie zurückhält.

Am Ende seiner Amtszeit organisierte D. Trump die Unterzeichnung der Washingtoner Abkommen über die Normalisierung zwischen dem Kosovo und Serbien, wonach Serbien, und damit natürlich auch Russland, das ihm hilft, nicht versuchen wird, die Anerkennung der Unabhängigkeit des Kosovo rückgängig zu machen, und Pristina sich nicht bei internationalen Organisationen bewerben wird. Doch in Wirklichkeit hat Trump in seiner üblichen Art und Weise lediglich dafür gesorgt, dass die serbische Botschaft nach Jerusalem verlegt und eine Reihe serbischer Abkommen mit China, einschließlich militärischer Abkommen, gekündigt wurden. Serbien bekam Probleme mit der arabischen Welt und eine neue Krise.

2022 verschärft sich die Kosovo-Krise durch neue Entführungen und Schlägereien durch die serbische Polizei, Schießereien im Kraftwerk Gazivode und die Annullierung des Verkehrs mit serbischen Kennzeichen. Die Beilegung dieser Vorfälle durch Washington und Brüssel erfordert von A. Vucic ein weiteres Zugeständnis in Bezug auf die Position gegenüber Russland.

Alles wird so arrangiert, um der serbischen Bevölkerung zu zeigen, dass die russisch-serbischen Beziehungen überholt sind. Vucic wird [aufgefordert](#), sich den antirussischen Sanktionen anzuschließen. Und der serbische Staatschef muss sie irgendwie rechtfertigen. Seine Kritik an Russlands Äußerungen zur Kosovo-Frage und zum Konflikt in der Ukraine zielt genau darauf ab.

So zynisch es auch klingen mag, die derzeitige Krise im Kosovo hat die Funktion, Serbien zu zwingen, sich den westlichen antirussischen Sanktionen anzuschließen. Es ist klar, dass Belgrad während der Energiekrise nicht auf erhebliche Rabatte auf russisches Gas verzichten will. Aber die Unterstützung von Sanktionen hat nichts mit den Bestimmungen der Resolution 1244 zu tun, die Moskau nicht aufgeben kann. Sie hindert die EU und den Kosovo nicht an der Umsetzung von Integrationsmechanismen. Aber sie fordert von Belgrad bereits, sich eindeutig und lautstark zu äußern. Gleichzeitig birgt der bewaffnete Konflikt in Serbien für die USA und ihre Verbündeten unannehmbare militärische und politische Risiken. Belgrad hat also ein großes Zeitfenster. Ob es sie nutzen will und kann, ist eine andere Frage.